

Stellungnahme GB II
Behandlung zur Vorlage 0914/2023



CDU
FRAKTION PLAUEN

CDU-Fraktion Plauen
Unterer Graben 1
08523 Plauen

Rathaus, Zimmer 150

Stadtverwaltung Plauen

Oberbürgermeister
Herr Steffen Zenner

Reg. Nr. 363-23



Plauen, 11.10.2023

Änderungsantrag zur DS-Nr. 0914/2023

Richtlinie zum Errichten von Elektroladeinfrastruktur im öffentlichen Raum in Plauen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die CDU-Fraktion beantragt folgende Änderungen in der o.g. Richtlinie:

Punkt 2 Geltungsbereich

Der Absatz 3 „Keine Anwendung findet diese Richtlinie ... der Genehmigungsfähigkeit bedürfen.“ ist ersatzlos zu streichen. Damit findet die Leistungsbegrenzung auf 22 kW keine Anwendung.

Begründung:

Die technische Ausführung sollte den Betreibern nicht vorgeschrieben werden, sondern dem Anbieter überlassen werden. Die CDU-Fraktion spricht sich dafür aus, auch größere Leistungen an Standorten zuzulassen, wenn das Netz es zulässt.

Punkt 4.9 Regelbetrieb

Der Absatz „Der Betreiber verpflichtet sich ... für das jeweilige Vorjahr einzureichen.“ ist ersatzlos zu streichen.

Damit entfällt für den Betreiber, die abgegebene Strommenge an die Stadt melden zu müssen und die Festlegung auf zertifiziertem Ökostrom.

Begründung:

Mit der vorgeschriebenen Meldung in der Richtlinie sehen wir einen Eingriff in die unternehmerischen Belange von Anlagenbetreibern.

Im öffentlichen Stromnetz gibt es keine unterschiedlichen Stromarten, überall wird der gleiche Strom aus dem deutschen Energiemix angeboten. Sogenannter Ökostrom stellt lediglich eine fragwürdige Abrechnungsform („greenwashing“) dar. Mit der vorgesehenen Regelung wird somit keinerlei Umwelteffekt erzielt, lediglich die Preise an den betreffenden Säulen könnten unnötigerweise erhöht werden.

Damit würde eine wirtschaftliche Benachteiligung dieser Säulen auf kommunalem Grund festgeschrieben werden und ein Wettbewerbsnachteil gegenüber Säulen auf privaten Grundstücken entstehen. Lokale Anbieter, die tatsächlich vor Ort erzeugten Strom vermarkten möchten, wären explizit ausgeschlossen, da deren Strom in der Regel nicht zertifiziert ist.

Aus den vorgenannten Gründen spricht sich die CDU-Fraktion für diese Änderungen in der neuen Richtlinie aus. Es sollte gelingen eine Elektroladeinfrastruktur im öffentlichen Raum zu schaffen, die für die kommenden Jahre zukunftsfähig und attraktiv für Anbieter und Nutzer ist.



Jörg Schmidt
Fraktionsvorsitzender